



Androsch: Gutscheine statt Geldleistungen

Industrieller urgiert Konjunkturpaket

Corona-Krise. Um den privaten Konsum anzukurbeln, plädiert der Unternehmer und ehemalige SPÖ-Politiker Hannes Androsch für Gutscheine. Geldleistungen würden vor allem die Sparquote erhöhen, die im ersten Halbjahr 2020 von acht auf 13 Prozent stieg. „Die Leute konsumieren nicht, wenn sie verängstigt sind“, argumentierte Androsch im Klub der Wirtschaftspublizisten. Als Vorbild nannte er den Wiener Gastro-Gutschein, dieser habe den gewünschten Effekt erreicht.

Androsch urgierte ein großes, spätestens bis zum Frühjahr umsetzbares Konjunkturpaket für die nächsten eineinhalb Jahre. Den Unternehmen würden 2021 die Aufträge ausgehen, ein Konjunkturpaket sei sinnvoller „als die Erhöhung des Arbeitslosengeldes“.

So könnte beispielsweise die Breitband-Milliarde rascher umgesetzt werden, Schulen neu gebaut und Kasernen renoviert werden. Viele Kasernen würden „nur noch vom Verputz zusammengehalten“. In den vergangenen acht Jahren seien von der Breitband-Milliarde lediglich 150 Millionen Euro verbaut worden.

„Es fehlt nicht an Projek-

ten, die man jetzt angehen kann und deren Umsetzung im Frühjahr beginnt. Man muss es nur tun“, appellierte Androsch an die türkis-grüne Regierung. Der Industrielle (AT&S, Salinen, Kurzentren vivamayr, AIC) warnte eindringlich vor einem zweiten Lockdown, jetzt schon sei die Lage für viele Unternehmen schwierig.

Androsch forderte darüber hinaus ein Zukunftskonzept für Österreich. Bei der Digitalisierung sei Österreich das Schlusslicht hinter Moldawien, die CO₂-Emissionen seien hierzulande doppelt so hoch wie in der Schweiz. Als Negativ-Beispiel nannte Androsch die 40 Jahre, die es bis zum Baubeginn der 380-kV Stromleitung in Salzburg gebraucht habe.

Der Industrielle sparte nicht mit massiver Kritik an der Regierung und sprach von den „Utopien der Traumtänzer in der Echokammer“, die an der Realität vorbei gehen würden. Die Hilfsmaßnahmen müssten rascher und unbürokratischer erfolgen und nicht „nach dem Almosenprinzip“. Die Regierung, der Androsch „Vorschriftenwahn“ unterstellt, sei mit den Hilfsmaßnahmen „glanzvoll gescheitert“.

ANDREA HODOSCHEK